

Christliche Flüchtlinge zum Ramadan erneut in Gefahr

Ein Jahr nach Open Doors-Erhebung: religiöse Minderheiten zu wenig geschützt

[Veröffentlicht am 17.05.2017 von opposition24.com](http://www.opposition24.com)

Kelkheim: In deutschen Asylunterkünften kommt es weiterhin zu religiös motivierten Übergriffen auf christliche Flüchtlinge. 2016 hatte das *christliche Hilfswerk Open Doors* erstmals auf das verbreitete Auftreten dieses Problems hingewiesen und unter Mitwirkung des *ZOCD (Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland)* sowie der Hilfsorganisationen *EMG (Europäische Missionsgemeinschaft)* und *AVC (Aktion für verfolgte Christen und Notleidende)* die Erhebung *„Mangelnder Schutz religiöser Minderheiten in Deutschland“* vorgelegt. Im Zeitraum Februar bis September 2016 waren die Aussagen von insgesamt 743 von Gewalt betroffenen christlichen Flüchtlingen im gesamten Bundesgebiet dokumentiert worden. Im Blick auf den am 27. Mai beginnenden islamischen *Fastenmonat Ramadan* appellieren die Hilfswerke nun erneut an Politik und Behörden, christliche Flüchtlinge und Angehörige anderer religiöser Minderheiten wirksam zu schützen.

► Aktuelle Situation christlicher Flüchtlinge – Sicherheit, Dolmetscher, Wachdienste

Frank Seidler, Leiter der *EMG*, blickt besorgt auf den Ramadan 2017:

→ *„In Großstädten wie Berlin sind noch immer tausende Flüchtlinge in Notunterkünften. Übergriffe lassen sich dort schwer unterbinden. Religiöse und andere gefährdete Minderheiten sollten in den nächsten vier Wochen aus diesen Unterkünften verlegt werden.“* Und weiter:

→ *„Wir beobachten, dass die Hemmschwelle zu Übergriffen vor allem bei denjenigen Flüchtlingen stark sinkt, deren Asylbegehren abgelehnt wurde und die mit einer Abschiebung rechnen müssen.“* Etwas wie der Mord an einer afghanischen Christin – eine Konvertitin – am 29. April im bayerischen Prien darf sich nicht wiederholen.

Der 21-jährige *Amir S.* ist afghanischer Christ und seit November 2016 als Flüchtling anerkannt. Doch aufgrund der in vielen großen Städten herrschenden Wohnungsnot konnte er das Flüchtlingsheim in Berlin Hoppegarten noch nicht verlassen. Er musste mithören, wie muslimische Mitflüchtlinge darüber berieten, dass die „Ungläubigen“ getötet werden müssten. Mehrfach wurde Amir seit Jahresbeginn von Mitbewohnern geschlagen, mit dem Tod bedroht und beraubt. Die Ausweglosigkeit seiner Lage trieb ihn an den Rand des Suizids. Nachdem Mitarbeiter der *EMG* Amir mehrmals zur Polizei begleitet und sich an den Sicherheitsdienst der Unterkunft gewandt hatten, wurden die Übergriffe weniger. Mitarbeiter der Kriminalpolizei zeigten sich schockiert darüber, dass Derartiges in Deutschland vorkommt, berichtet die *EMG*.

► Verschärfte Gefahrenlage während des Ramadan 2016

Im Jahr 2016 war die Anzahl der Übergriffe während des Ramadan auffällig hoch. Damals hatte der Flüchtlingsbeauftragte des *ZOCD*, Paulus Kurt, persönlich die

Verlegung mehrerer christlicher Flüchtlinge aus Syrien aus einer Unterkunft in München veranlasst, da diese ihres Lebens nicht mehr sicher waren.

Hamid (Pseudonym) kam im September 2015 aus dem Iran nach Deutschland, wo er zum christlichen Glauben übertrat. Als das in seiner Flüchtlingsunterkunft in Baden-Württemberg bekannt wurde, hätten die Anfeindungen begonnen, berichtet er. Während des Ramadan funktionierten muslimische Flüchtlinge den Kantinenbereich zu einem Gebetsraum um. Laut *Hamid* verrichteten sie dort ab 4 Uhr morgens in großer Lautstärke ihre Gebete und hörten Koranmusik. Bitte um Abhilfe bei Security und Heimleitung führten nicht zum Erfolg. Er müsse dies bis zum Ende des Ramadans akzeptieren, hieß es. *Hamid* berichtet, er habe immer Angst gehabt, weil Konvertiten wie er nach Ansicht der Strenggläubigen getötet werden müssten. Einige andere Christen hätten deshalb aus Furcht ihren Glauben geheim gehalten. Er fürchte sich vor dem kommenden Ramadan.

Positiv anzumerken ist, dass das LKA Berlin ein eigenes Referat geschaffen hat, um politisch und religiös motivierte Übergriffe kompetent aufzuarbeiten. Der Leiter des Referats plant, für die Bundesregierung ein Dossier zu erstellen, um aus polizeilicher Sicht qualifizierte Auskünfte für die Gesetzgebung liefern zu können. Auch Sicherheitsdienste agieren zum Teil sensibler und reagieren auf Beschwerden. Wegen mangelnder Sprachkenntnisse fällt es jedoch von Gewalt betroffenen Christen oft schwer, einen Vorfall, Drohungen oder Unterdrückung zu melden. Gegenüber Tätern sind sie in der Minderheit und Übersetzer kommen oft aus der Mehrheitsgruppe. Vereinzelt konnten jedoch christliche Dolmetscher vermitteln und bei Behörden helfen. Rückläufige Flüchtlingszahlen und teilweise dezentrale Unterbringung, aber auch Maßnahmen von Heimbetreibern und Landesregierungen wie z. B. in Hessen haben insgesamt zu einer leichten Entspannung geführt. Allerdings gab es in den letzten Monaten weiterhin Angriffe gegen christliche Flüchtlinge – insbesondere Konvertiten.

Markus Rode, Leiter von *Open Doors Deutschland*, fordert mehr Schutz für christliche Flüchtlinge und andere religiöse Minderheiten:

→ *„Ende März hat die Regierung von Nordrhein-Westfalen ihr ‚Landesgewaltschutzkonzept für Flüchtlingseinrichtungen des Landes NRW‘ (LGSK NRW) vorgelegt. Der besondere Schutz religiöser Minderheiten wird in der 44-seitigen Broschüre nicht erwähnt, obwohl Open Doors die Landesregierung von 128 religiös motivierten Übergriffen auf christliche Flüchtlinge in NRW in Kenntnis gesetzt hatte. Wenn ein Mensch wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Religionsgruppe verfolgt wird, hat er ein Recht auf den umfänglichen Schutz der zuständigen Regierung. Behörden und Heimbetreiber sollten deshalb in diesem Jahr während der vier Fastenwochen die Rechte und die Sicherheit nicht-muslimischer Flüchtlinge gewährleisten. Hier dürfen keine weiteren Integrationsexperimente auf dem Rücken religiöser Minderheiten toleriert werden“*, so Rode.

Open Doors bittet christliche Gemeinden, sich gerade während des Ramadan besonders intensiv um die christlichen Flüchtlinge zu kümmern und ihnen damit ihre Verbundenheit zu zeigen.